



Mainz, 24.11.2021

Antrag 1689/2021 zur Sitzung Stadtrat am 24.11.2021

Mainz, aber nachhaltig schuldenfrei, AfD

Durch glückliche Fügung und ohne eigenen Verdienst generiert die Stadt Mainz in 2021 ein außergewöhnlich hohes Gewerbesteueraufkommen und kann voraussichtlich das Haushaltsjahr mit einem Plus von über 1 Milliarde € abschließen. Auch für 2022 ist voraussichtlich ein hohes Gewerbesteueraufkommen zu erwarten.

Allerdings wissen wir, dass die hohen Steuereinnahmen maßgeblich von einem einzigen gewinnbringenden Produkt eines einzigen Unternehmens abhängen. Damit stehen die positiven Prognosen für 2022 und erst recht für die weiteren Jahre auf tönernen Füßen. Man kann nicht ausschließen, dass neue Konkurrenzprodukte und neue Marktentwicklungen auch für die Stadt Mainz zu einer gänzlich anderen Einnahmeentwicklung führen. Vor diesem Hintergrund beantragt die AfD-Fraktion, der Stadtrat möge folgende haushaltspolitischen Grundsätze beschließen:

Die Stadtverwaltung darf in der augenblicklichen Situation die Suche nach sinnvollen Einsparmöglichkeiten nicht vernachlässigen.

Die augenblicklich positive Einnahmenentwicklung soll in erster Linie für die Entschuldung der Stadt genutzt werden.

Darüber hinaus soll die augenblicklich positive Einnahmenentwicklung der Stadt allen Bürgern der Stadt durch Steuerentlastungen zugutekommen.

Weitere Mittel sollen dazu genutzt werden, die Wirtschaft der Stadt zu fördern und den Verfall von städtischen Straßen und Gebäuden zu stoppen.

Die AfD-Fraktion beantragt, der Stadtrat möge für den Haushaltsplan 2022 beschließen:

1. Sämtliche AusgabenA-Positionen der Rathaussanierung werden ersatzlos gestrichen.
2. Die städtischen Zuschüsse für das Staatstheater sind pauschal um 20% zu kürzen.
3. Der Fuhrpark des Stadtvorstandes ist aufzulösen. Entsprechende Verträge sind zeitnah zu beenden. Der Fuhrpark wird durch Dienstfahrräder sowie die Möglichkeit der Nutzung von Carsharing ersetzt. In begründeten Einzelfällen kann auf Mietwagen zurückgegriffen werden.
4. Die Hilfen und Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge sind auf das erstattungsfähige Maß zu reduzieren.

5. Der städtische jährliche Zuschuss für das Büro für Migration und Integration ist um 50 % zu kürzen.
6. Die Sach- und Personalmittel für den Fahrradverkehr werden halbiert.
Die Mittel für das Fahrradbüro wird auf eine Stelle reduziert.
7. Die Zuschüsse für politische Jugendorganisationen sind ersatzlos zu streichen.
8. Der jährliche Gesamtbetrag für Fraktionszuwendungen ist um 100.000 € zu kürzen.
9. Die Mittel des Gleichstellungsbeauftragten für Gender Mainstreaming sind zu streichen.
10. Die im Jugendförderplan ausgewiesenen Zuwendungserhöhungen im Volumen von pauschal 10% je laufender Nummer werden um sieben Prozentpunkte auf 3% je laufender Nummer reduziert.
11. Die im Jugendförderplan ausgewiesenen Fördermittel für den "pro familia Ortsverband Mainz e.V." werden ersatzlos gestrichen.
12. Bei den sonstigen freiwilligen Leistungen wird gegenüber dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung eine Kürzung von pauschal 2% vorgenommen.
13. Das Erfrischungsgeld ist für Wahlhelfer auf 50,- € pro Person/ pro Tag zu erhöhen.
14. Das Angebot der Ehrenamtskarte ist auszubauen.
15. Die Stadtteilmittel für die Ortsbeiräte sind um 50% zu erhöhen.
16. Das Personal in der KfZ-Zulassungsstelle ist um 10 % aufzustocken.
17. Neben der Gewerbesteuer soll auch die Grundsteuer gesenkt werden. Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine entsprechende Satzung zu erstellen.
18. Die Hundesteuer wird mit Wirkung zum 01.01.2022 auf sogenannte „gefährliche Hunde“ begrenzt und für alle anderen Hunde abgeschafft. Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich eine entsprechende Satzung zu erstellen.
19. Die Mittel für den Bau und Unterhalt der Gemeindestraßen und der Kreisstraßen sind um insgesamt 500.000 € zu erhöhen.

Arne Kuster

F. d. R. Kathrin Bruder

AfD-Stadtrat

Fraktionsassistent

Begründung: